Südschleswigscher Wählerverband

Rede
Nr. 021/2026
Kiel, 28.01.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Das Ehrenamt braucht Raum

„Wenn man länger für einen verfügbaren Raum herumtelefonieren muss, als das Treffen dann letztendlich dauert, ist das Ehrenamt ad absurdum geführt."

Christian Dirschauer zu TOP 17 - Haus der Partizipation (Drs. 20/3996)

Wer ein Ehrenamt ausübt, kennt das gut: man ist in der Regel in den Abendstunden oder am Wochenende unterwegs. Sitzungen und Beratungen finden meist nach den üblichen Arbeits- und Bürozeiten statt. Das gilt auch für die Eltern- und Schülervertretungen. Diese Gremien kommen erst nach 17 Uhr zusammen. Warum erzähle ich das? Weil die Landesvertretungen der Eltern und der Schüler*innen keine festen Räumlichkeiten haben. Sie sind auf Räume zum Beispiel im Kultusministerium angewiesen. Und die sind in den Abendstunden oder am Wochenende eben geschlossen. Wenn man länger für einen verfügbaren Raum herumtelefonieren muss, als das Treffen dann letztendlich dauert, ist das Ehrenamt ad absurdum geführt.
Der vorgelegte Antrag will mit der Schaffung eigener Räume dieses Problem aus der Welt schaffen. Darum verdient er unbedingt Unterstützung. Ich möchte allerdings deutlich darauf hinweisen, dass auch ein Haus der Partizipation das Land nicht entlastet, was die Schaffung belastbarer und echter Teilhabemöglichkeiten angeht, die gesetzlich verankert werden müssen. Da stehen noch einige Hausaufgaben an.
Der Antrag richtet sich an die gesetzlich normierten Interessenvertretungen, weil bei dieser Gruppe die staatliche Unterstützung unbestritten ist. Der Gesetzgeber hat diese Interessenvertretungen in verschiedene Prozesse mehr oder weniger verpflichtend eingebunden. Folgerichtig muss er dafür

Sorge tragen, dass sie ihre Aufgabe auch tatsächlich erfüllen können. Das können sie aber nicht, wenn wie eben berichtet, das Kultusministerium sonntags geschlossen ist. Sie können schließlich nicht draußen auf dem Bürgersteig tagen.
Doch es bleiben Fragen offen: wir sollten klären, ob auch andere Interessenvertretungen das Haus nutzen können, denn die Unterscheidung zwischen gesetzlich normierten und nicht normierten Interessenvertretungen erscheint dem Ehrenamt willkürlich.
Ich erwarte Synergieeffekte, wenn die Interessenvertretungen in einem Haus gebündelt werden. Das kurze Gespräch über den Flur kann so manches richten, was mehrere E-Mails nicht hinkriegen.
Die Forderungen der Interessenvertretungen gehen auch in Richtung Sichtbarkeit. Ein Schild an einem Gebäude mag Vielen als kleines Detail erscheinen. Aber für das Ehrenamt hat das auch etwas mit Wertschätzung zu tun. Andersherum warne ich davor, in Symbolpolitik zu verharren. Mit einem Schild und einem Raum ist es nämlich überhaupt nicht getan. Bei der Konzipierung des Hauses müssen die Interessen und Wünsche des Ehrenamtes von Anfang an Eingang in die Planungen finden. Eine digitale Infrastruktur ist dabei alternativenlos. Wir alle nutzen hier im Landeshaus Videokonferenzen zur Koordinierung und Informierung. Das dazu benötigte Equipment erwarte ich auch für das neue Haus der Partizipation. Und bitte verlässlicheres W-LAN als im Landeshaus.
Ich denke, dass wir in der Ausschussberatung das Konzept, die Finanzierungsabsicherung der Folgekosten und die Ausgestaltung gemeinsam mit den Interessenvertretungen besprechen sollten. Dabei sollten wir auch darüber sprechen, ob sich Kiel unbedingt als Standort anbietet. Die Erreichbarkeit nach Norden ist via Zug ja eher nicht so gut. Aber auch darüber sollten wir nicht hier, sondern gemeinsam mit dem Ehrenamt im Ausschuss sprechen.